



Niederschrift

62. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.01.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:45/21:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Kai Weber	SPD	bis 19:10 Uhr
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	

zusätzliches Mitglied

Herr Georg Bittcher	DIE aNDERE	
---------------------	------------	--

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
-----------------	-----	--

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	bis 21:20 Uhr
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	Behindertenbeirat	
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Fehlende Beleuchtung und fehlende Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen
Vorlage: 17/SVV/0880
Fraktion CDU/ANW
KOUL, SBV (ff), OBR Groß Glienicke
 - 4.2 Seniorengerecht Bauen in Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0882
Fraktion CDU/ANW
 - 4.3 Standortsicherung Montelino
Vorlage: 17/SVV/0890
Fraktion DIE aNDERE
B/Sp., JHA
 - 4.4 Alternativen zum Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 17/SVV/0904
Fraktion DIE LINKE
 - 4.5 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße
Vorlage: 17/SVV/0912
Fraktion DIE aNDERE
KOUL, SBV (ff)
 - 4.6 Haushaltssatzung 2018 / 2019
 - 4.6.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
 - 4.6.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
 - 4.6.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
 - 4.7 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0878
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, SBV (ff)
(Mitteilungsvorlage)
 - 4.8 Fußgängerüberweg Am Neuen Palais
Vorlage: 17/SVV/0896
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Information zum Standort für den Ruderclub "Vineta"
Fachbereich Bildung und Sport, Bereich Grundstücksmanagement
 - 5.2 Information über die Technische Planung "Leipziger Dreieck" und das Bebauungsplanverfahren Nr. 127 "Leipziger Dreieck"
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5.3 Vorbereitende Untersuchungen gemäß § 165 Abs. 4 BauGB "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg" in Potsdam Babelsberg - Vereinbarung zur Abwendung der Einbeziehung in einen künftigen Entwicklungsbereich
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.4 Gutachterverfahren Hotel- und Dienstleistungsgebäude Speicherstadt Nord, Bericht über das Ergebnis des Verfahrens
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 Erneute öffentliche Auslegung B-Pläne SAN-P 18 und SAN-P 19, einschließlich verbundener Anpassung der Stellplatzsatzung
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.12.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 12.12.2017 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Dem Ausschussvorsitzenden liegt ein Antrag auf Rederecht von der Fraktion CDU/ANW für Herrn Hildenbrand (Mitglied des Seniorenbeirates) zum TOP 4.2 „Seniorenrechtliches Bauen in Potsdam“ DS 17/SVV/0882 vor.

Dazu erfolgt kein Widerspruch.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Vor Eintritt in die offizielle Tagesordnung informiert der Beigeordnete Herr Rubelt, dass heute Herr Praetzel als langjähriger Mitarbeiter im Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen sich verabschieden möchte.

Herr Praetzel erhält das Wort und resümiert über seine langjährige Tätigkeit und die Zusammenarbeit im Bauausschuss mit den Vertretern der Stadtverordnetenversammlung.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Praetzel im Namen des Ausschusses für die hervorragende und vor allem konstruktive Arbeit zum Wohle der Stadt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben bis auf 3, deren Vorstellung auf die nächste Runde verschoben wurde, erfolgt ist. Er macht jedoch aufmerksam, dass in absehbarer Zeit der Umgang mit den Baulücken zu thematisieren sei.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Fehlende Beleuchtung und fehlende Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen

Vorlage: 17/SVV/0880

Fraktion CDU/ANW

KOUL, SBV (ff), OBR Groß Glienicke

Herr Eichert bringt den Antrag ein. Es wird informiert, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke den Antrag im Dezember 2017 einstimmig angenommen hat und auch der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung den Antrag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen habe.

Herr Heuer erkundigt sich, ob es sich hier um eine pflichtige Leistung entsprechend dem KAG (Kommunalen Abgabengesetz) handeln würde und inwieweit die Beteiligung der Anlieger erforderlich sei.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) erläutert, dass die Planung zur Herstellung der Nebenanlage sowie der fehlenden Beleuchtung im Triftweg durch die Bereiche Verkehrsanlagen sowie Verkehr und Technik bereits vorgenommen worden ist. Sie bestätigt, dass für die geplante Maßnahme bei den Anliegern eine Beitragspflicht gemäß dem KAG erforderlich wird, da es sich um einen grundhaften Ausbau handelt. Anhand eines Planes (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) geht sie auf den Straßenquerschnitt ein. Die Anhörung der Anlieger wurde initiiert und läuft noch bis zum 8.2.2018. Sollten sich die Anlieger gegen die Maßnahme aussprechen, wird ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung der Maßnahme erforderlich, für

den die Verwaltung dann eine entsprechende Beschlussvorlage erstellt. Wenn sich keine Mehrheit der Anlieger gegen die Maßnahme ausspricht, könnte die Umsetzung voraussichtlich bis zum Herbst 2018 zu schaffen sein.

Auf die Rückfrage von Herrn Hanisch hinsichtlich einer erforderlichen Baumfällung geht Frau Woiwode ein.

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages bis das Ergebnis der Anliegerbeteiligung vorliegt.

Dafür und dagegen spricht niemand.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages bis zur Vorlage des Ergebnisses der Anliegerbeteiligung wird mit 6/0/1 zugestimmt.

zu 4.2 Seniorengerecht Bauen in Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0882
Fraktion CDU/ANW

Herr Hildenbrand (Mitglied des Seniorenbeirates) nimmt das gewährte Rederecht wahr. Er empfiehlt dem Antrag der Fraktion CDU/ANW zu folgen und macht aufmerksam, dass die Zahl der älteren Menschen wachse. Aufgrund der hohen Bautätigkeit gebe es eine Reihe von Möglichkeiten unterhalb des Standards der Bauordnung in § 50 „Barrierefreies Bauen“. Von daher sollte das Gespräch mit den Gesellschaften gesucht werden.

Herr Eichert bringt den Antrag ein. Er erinnert an einen früheren Antrag mit gleicher Zielrichtung, welcher seines Erachtens nicht als erledigt betrachtet werden könne, da keine Aufnahme in den Balanced Scorecard (BSC) erfolgt sei. Wichtig sei eine Festschreibung auf Dauer und er verweist auf die Vorbildwirkung als Stadt. Aus diesem Grunde sei die Festschreibung als Standard für die Wohnungsbaugesellschaften erforderlich sowie die Aufnahme in den BSC.

Herr Berlin und Herr Kirsch sprechen sich gegen die Bevorzugung einer Zielgruppe aus. Herr Kirsch macht aufmerksam, dass die ProPotsdam die Intention des Antrages bereits in vernünftiger Art und Weise umsetzen würde. Ein zusätzlicher Beschluss sei nicht notwendig.

Herr Eichert betont nochmals, dass es hier um den alten- und behindertengerechten Bau sowie Standards unter der Schwelle der Bauordnung gehe. Es müsse auch sichergestellt werden, dass die Angebote für diese Zielgruppe nicht nur über das Internet vermittelt werden, da ältere Menschen dies weniger nutzen und so möglicherweise zu spät darauf zugreifen würden.

Herr Wolfram (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an den Beschluss zum Antrag 17/SVV/0381 „Seniorengerechtes Bauen“, welcher im Bauausschuss

ausführlich diskutiert worden ist. Er macht aufmerksam, dass die Verwaltung dem hier vorliegenden Antrag folgen könne, wenn das Wort Wohnungsbau durch Wohnungsneubau ersetzt werden würde. Für den Wohnungsbestand wird eine Beschlussempfehlung nicht gegeben.

Herr Eichert übernimmt als Antragsteller den Austausch des Wortes Wohnungsneubau statt Wohnungsbau.

Nach weiterer Verständigung, ob ein solcher Antrag erforderlich sei, unterbreitet Herr Jäkel den Vorschlag, das Wort vorrangig durch die Worte Hilfestellung beim Zugriff auf barrierefreie oder barrierereduzierte Wohnungen erhält zu ersetzen.

Herr Eichert übernimmt als Antragsteller diesen Vorschlag.

Der Ausschussvorsitzende stellt den entsprechend geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch die Landeshauptstadt und deren Gesellschaften bei gefördertem wie frei finanziertem ~~Wohnungsbau~~ **Wohnungsneubau** entsprechend der bisherigen Übung alle Wohnungen auch zukünftig alten- und behindertengerecht zu bauen. Dies soll bei der nächsten Überarbeitung des Balanced Scorecard Verfahrens festgeschrieben werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, wie diese Wohnungen so auf dem Markt angeboten werden, dass die Zielgruppe ~~vorrangig~~ **Hilfestellung beim** Zugriff auf barrierefreie oder barrierereduzierte Wohnungen erhält.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.3 Standortsicherung Montelino

Vorlage: 17/SVV/0890

Fraktion DIE aNDERE

B/Sp., JHA

Herr Bittcher bringt den Antrag ein und erläutert, dass mit diesem Antrag ein mehrfaches Umziehen des Zirkuszeltens verhindert werden soll.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) teilt mit, dass der Antrag

nachvollziehbar sei. Zwischenzeitlich gebe es Überlegungen der Verwaltung relativ zeitnah einen endgültigen festen Standort für das Zirkuszelt Montelino zu finden. Anhand eines Planes informiert er über ein Grundstück unmittelbar neben der Kletterinsel im BUGA-Park. Dieser Standort befindet sich derzeit noch in der Prüfung der verschiedenen fachlichen Voraussetzungen. Es wird davon ausgegangen, dass im März endgültige Ergebnisse vorliegen, so dass das Verwaltungshandeln bereits der Intention des Antrages entspreche.

Auf die Rückfrage von Herrn Kirsch nach der Genehmigungsfähigkeit dieses Standortes erklärt Herr Lehmann, dass die rechtliche Beurteilung davon ausgehe, eine Genehmigung nach § 35 BauGB (Baugesetzbuch - Bauen im Außenbereich) erteilen zu können. Entsprechend § 35 (2) BauGB können sonstige Vorhaben im Einzelfall zugelassen werden, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und die Erschließung gesichert ist.

Herr Heuer verweist auf das Schreiben, welches sich an alle Fraktionen gerichtet hatte. Es habe einen Vor-Ort-Termin gegeben und eine Lösung sei bereits avisiert.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 1:4 abgelehnt.

Herr Bittcher greift die von Herrn Lehmann geäußerte Zeitvorstellung auf und bittet den Termin von Januar auf April 2018 zu ändern.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Zeltplatz Montelino gGmbH den bislang genutzten Standort im BUGA-Volkspark solange weiternutzen kann, bis der zukünftige Standort des Zirkuszeltes geklärt ist und ein direkter Umzug auf den neuen Standort möglich ist.

Über den Sachstand sollen die Stadtverordneten im ~~Januar~~ **April** 2018 informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**
Ablehnung: **0**

Stimmhaltung: 2

zu 4.4 Alternativen zum Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 17/SVV/0904
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein. Er erinnert an die Durchführung des Modellversuches in der Zeppelinstraße und betont, dass die Durchführung des Versuches von diesem Antrag nicht berührt sei. Von daher bittet er um eine erneute und vertiefende Prüfung der genannten alternativen Instrumente. Ziel ist dabei die Einhaltung der Grenzwerte für Schadstoffe in der Zeppelinstraße mit anderen und ergänzenden Maßnahmen zu erreichen, die nicht wie die Einengung der mittleren Zeppelinstraße zu starker Verlagerung des Straßenverkehrs in benachbarte Straßen und zu erheblichen Rückstauverlängerungen in anderen Straßen der Potsdamer Mitte und am Stadtrand führen.

Herr Eichert bestätigt, dass die Situation derzeit unbefriedigend sei. Er verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem ein Prüfergebnis vorgelegt worden ist. Damit sei der hier vorliegende Antrag weitestgehend abgearbeitet und sollte durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden. Herr Eichert unterbreitet das Angebot fraktionsübergreifend zusammenzukommen.

Herr Dr. Naumann unterstützt den Antrag. Aufgrund der entstandenen Verkehrsverlagerung sei keine Schadstoffverringerung durch Reduzierung des Verkehrs anzunehmen. Vielmehr sind Maßnahmen, wie die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erforderlich. Hier insbesondere die Busspur nach Geltow. Ebenfalls halte er für denkbar, mittels einer Umweltzone Autos auszuschließen und Anreize zum Kauf eines neuen schadstoffärmeren Fahrzeuges zu schaffen.

Frau Hüneke bestätigt die Mehrbelastung in den Seitenstraßen. Sie vertritt die Ansicht, dass den Anwohnern Zeitpläne vermittelt werden sollten, wann Änderungen eintreffen werden.

Herr Rubelt erinnert an die Verabredung im Ausschuss, im Detail zu diskutieren, wenn alle Daten zum Modellversuch vorliegen. Der hier vorliegende Antrag sei durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung bis das Ergebnis zum Modellversuch vorliegt.

Für den GO-Antrag spricht Herr Eichert.
Gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung wird mit 5/1/1 zugestimmt.

zu 4.5 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße
Vorlage: 17/SVV/0912
Fraktion DIE aNDERE
KOUL, SBV (ff)

Herr Bittcher bringt den Antrag ein. Ziel sei die Umwandlung in eine verkehrsberuhigte Zone, um die Geschwister-Scholl-Straße als Schleichweg unattraktiv zu machen.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung. Da es sich hier um einen neuen Verkehrsraum handelt, müsse es noch einmal besprochen werden.

Herr Berlin spricht gegen den GO-Antrag, da er sich eine verkehrsberuhigte Zone mit durchfahrender Straßenbahn nicht vorstellen könne.

Herr Heuer spricht für den GO-Antrag. Dies müsse im Kontext insgesamt beraten werden.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung wird mit 4/3/0 zugestimmt.

zu 4.6 Haushaltssatzung 2018 / 2019

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) bringt die Haushaltssatzung 2018 / 2019 ein und verweist auf die den Ausschussmitgliedern übermittelte Stadtverordneteninformation. Anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) geht Herr Weise kurz auf die **Schwerpunkte des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr und Umwelt** ein.

- Wachstum gestalten durch investitionsbasierenden Haushalt
- vielfältige und umweltgerechte Mobilität
- 4,73 Mio. Euro für den Radverkehr von 2018 - 2022
- ÖPNV
- Stadterneuerung/ Sanierungsmaßnahmen

zur **Bereitstellung der technischen Infrastruktur**

- Gestaltung und Sicherung der technischen Infrastruktur- Unterhaltung im Straßenbau/ Verkehrsmanagement, Grünflächen, Uferwege
- Investitionen Straßenbau, Spielplätze, Uferwege, Umsetzung Radverkehrskonzept etc.
- 10 Mio. Euro Eigenmittel sollten parallel jährlich für dringende weitere Investitionen künftig im Straßenbau zur Verfügung stehen

Auf die Nachfrage von Herrn Eichert, ob für den Einsatz der angeführten 10 Mio. Euro Eigenmittel für den Straßenbau auch Ausbaubeiträge in gleicher Höhe

erforderlich sind, antwortet Herr Weise. Er führt aus, dass nicht alle Maßnahmen beitragspflichtig sind und hier jeweils eine Prüfung erfolgen müsse. Zudem verweist er auf die Unterscheidung, ob es sich um Erschließungs- oder Ausbaubeiträge handelt.

Herr Rubelt bestätigt, dass eine pauschale Aussage so nicht möglich sei.

Auf Nachfragen und Hinweise verschiedener Ausschussmitglieder gehen die Mitarbeiter der Verwaltung ein.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beratung zum Haushalt (Tagesordnungspunkte 4.6.1 bis 4.6.3.) **heute in erster Lesung** vorzunehmen, so dass eine Verständigung in den Fraktionen und Vorbereitung entsprechender Anträge möglich sei.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch.

zu 4.6.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Siehe TOP 4.6.

zu 4.6.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Siehe TOP 4.6.

zu 4.6.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Siehe TOP 4.6.

zu 4.7 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0878

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, SBV (ff)

(Mitteilungsvorlage)

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) ausführlich über die Wohnungsbaupotentiale der Landeshauptstadt Potsdam und geht auf diverse Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder ein.

Frau Hüneke äußert Interesse zu erfahren, wie eine solche Prognose erstellt wird.

Herr Wolfram äußert, dass dies für den Fall, dass auch von anderen Ausschussmitgliedern Interesse bekundet wird, nicht in einer Ausschusssitzung sondern möglicherweise in einer gesonderten Veranstaltung erläutert werden könne.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0878 zur Kenntnis.

zu 4.8 Fußgängerüberweg Am Neuen Palais

Vorlage: 17/SVV/0896

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Frau Hüneke zeigt sich unzufrieden mit der vorliegenden Mitteilung der Verwaltung und bittet um nähere Informationen.

Herr Jäkel bittet zu prüfen ob wenigstens ein weiterer Fußgängerüberweg an einer nachfragestarken Stelle eingerichtet werden könne. Dabei schlägt er vor nicht nur Fußgängerüberweg Zeichen 350 StVO (Zebrastrifen) zu prüfen sondern auch Fußgängerüberweg Zeichen 134 StVO. Weiterhin bittet er die nötige Ergänzung mit Fußwegen in dem Areal zu prüfen, das bisher nur von Trampelpfaden gekennzeichnet ist obwohl es beträchtlichen Fußgängerverkehr in dem Gebiet gibt.

Frau Woiwode erläutert anhand von Plänen (wird als Anlage der Niederschrift zur Verfügung gestellt) die vorgenommenen Untersuchungen sowie deren Ergebnisse und beantwortet Rückfragen der Ausschussmitglieder. Sie macht aufmerksam, dass es sich hier um ein sehr sensibles Gelände handeln würde.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0896 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information zum Standort für den Ruderclub "Vineta"

Fachbereich Bildung und Sport, Bereich Grundstücksmanagement

Herr Rettig (Bereich Grundstücksmanagement) geht anhand eines Planes auf die aktuelle Situation vor Ort, einschließlich der Eigentumssituation und der planungsrechtlichen Gegebenheiten, ein. Aufgrund der dargestellten Situation wäre der Standort für die Ansiedlung des Ruderclubs weiterhin nicht geeignet.

Herr Eichert erinnert an die Diskussion im Bauausschuss zur Mitteilungsvorlage 17/SVV/0504 im vergangenen Jahr. Dort wurde die Verwaltung u.a. gebeten, mit dem Ruderclub „Vineta“ die Frage der Finanzierung zu klären.

Herr Rettig informiert, dass im Ortsbeirat Neu Fahrland am 17.1.18 eine Verständigung erfolgen sollte, jedoch aus terminlichen Gründen kein Vertreter des Ruderclubs „Vineta“ daran teilgenommen habe.

Frau Hüneke schlägt vor abzuwarten, bis die Gespräche zwischen dem Ortsbeirat Neu Fahrland und dem Ruderclub „Vineta“ gelaufen sind.

zu 5.2 Information über die Technische Planung "Leipziger Dreieck" und das Bebauungsplanverfahren Nr. 127 "Leipziger Dreieck"

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Rudolph-Henning (Bereich Verkehrsanlagen) informiert anhand einer Präsentation im Detail über die Technische Planung „Leipziger Dreieck“ und die Einbindung in das Bebauungsplanverfahren Nr. 127 „Leipziger Dreieck“.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt hinsichtlich des Bebauungsplanverfahrens, dass es keinen ausdrücklichen Beschluss zur Auslegung geben wird, um den zeitlichen Ablauf einhalten zu können.

Hinsichtlich der Frage der städtebaulichen Aufenthaltsqualität informiert Frau Rudolph-Henning, dass es eine separate Ausschreibung für ein Paket Grün- und Freiflächen geben wird. Die Kosten für dieses Paket sind vorgehalten worden.

Herr Schütt fragt nach der Verlängerungsmöglichkeit der Straßenbahn zur Wetzlarer Straße.

Frau Rudolph-Henning erläutert, dass bisher keine technischen Vorkehrungen zur späteren Realisierung der Trasse Richtung Wetzlarer Straße in der Planung berücksichtigt sind. Gleichwohl besteht prinzipiell die technische Möglichkeit, eine Verlängerung der Straßenbahntrasse in der Friedrich-Engels-Straße später vorzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Präsentation, einschließlich der Ausführungsplanung den Ausschussmitgliedern zu übermitteln und die

Zielvorstellung der Gestaltung der Plätze rechtzeitig im Ausschuss vorzustellen.

zu 5.3 Vorbereitende Untersuchungen gemäß § 165 Abs. 4 BauGB "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg" in Potsdam Babelsberg - Vereinbarung zur Abwendung der Einbeziehung in einen künftigen Entwicklungsbereich

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) informiert, dass der Gegenstand des Beschlusses das Grundstück der „Wohnen in den Obstgärten“ Grundstücksgesellschaft mbH sei. Im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) gemäß § 165 Abs. 4 BauGB „An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Horstweg“ in Potsdam Babelsberg besteht die Bereitschaft, mit der Landeshauptstadt Potsdam einen städtebaulichen Vertrag zur Abwendung der Einbeziehung in einen künftigen Entwicklungsbereich und zur Umsetzung der Inhalte der „Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam“ (kurz: Potsdamer Baulandmodell) abzuschließen. Den VU zugrunde liegen die Beschlüsse DS 12/SVV/0846 und DS 15/SVV/0299. Da der Vertrag auch Regelungen zum Erhalt der gärtnerischen Nutzung auf Teilflächen des Grundstückes sowie zur Übertragung dieser Flächen auf die Stadt enthält, wurde in der Kleingartenkommission am 21. November 2017, mit Unterstützung aller Vertreter der anwesenden Fraktionen, vorgeschlagen, die Vorlage zur Beschleunigung der Entscheidung mit der Bitte um Sofortbeschluss in die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 einzubringen.

Herr Jäkel bestätigt, dass dies mehrfach und einvernehmlich in der Kleingartenkommission besprochen worden ist.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt, dass es hier einen sehr langen und intensiven Verhandlungsprozess gegeben habe. Die sofortige Beschlussfassung würde dazu dienen, den Kleingärtnern eine schnelle Sicherheit zu geben.

Auf Rückfragen einzelner Ausschussmitglieder wird eingegangen.

Der Ausschussvorsitzende hält fest dass alle Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet werden konnten, so dass einer sofortigen Beschlussfassung nichts entgegen spricht.

zu 5.4 Gutachterverfahren Hotel- und Dienstleistungsgebäude Speicherstadt Nord, Bericht über das Ergebnis des Verfahrens

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt anhand einer Präsentation das Ergebnis des Gutachterverfahrens Hotel- und

Dienstleistungsgebäude Speicherstadt Nord vor.

Einstimmig ausgewählt wurde der Entwurf von Wolff Architekten, Berlin, auf welchen Herr Goetzmann im Detail eingeht und Rückfragen beantwortet.

Ebenfalls begutachtet, jedoch nicht ausgewählt, wurden die Entwürfe der Büros

- Giorgio Gulotta
- Müller Reimann
- Hilmer Sattler Albrecht
- Hascher Jehle

welche Herr Goetzmann ebenfalls kurz vorstellt.

zu 5.5 Erneute öffentliche Auslegung B-Pläne SAN-P 18 und SAN-P 19, einschließlich verbundener Anpassung der Stellplatzsatzung Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) informiert, dass die Bebauungspläne SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ und SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ in der Zeit vom 29.01.2018 bis 02.03.2018 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange erneut ausgelegt werden. Während der Auslegung wird der Öffentlichkeit die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Die erneute öffentliche Auslegung soll im zeitlichen Verfahren sicherstellen, dass parallel mit Beschlussfassung zur Anhandgabe der Grundstücke im Block III im Juni 2018 Planreife gemäß § 33 (1) BauGB erreicht werden kann.

Gegenüber der 1. öffentlichen Auslegung im September 2017 betreffen die Änderungen der Planung bei weitgehend gleichbleibenden Planungszielen insbesondere folgende Punkte:

- Änderung der baulichen Nutzung von Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO zu Urbanes Gebiet gemäß § 6a BauNVO
- Anpassung der Geschossigkeit gemäß Leitbautenkonzept
- Anpassung der Tiefgaragengrenzen im Block III
- Anpassung der Begründung zum ruhenden Verkehr
- Änderung der Festsetzung zu den Verkehrsflächen
- weitere redaktionelle Überarbeitungen in der Begründung

Mit der neuen Gebietskategorie Urbanes Gebiet (MU) ergeben sich neue Möglichkeiten zur Umsetzung der Sanierungsziele in den Blöcken III und IV, damit verbunden Festsetzungen zu Mindestwohnanteilen bezogen auf die zulässige Geschossfläche, ein höheres Maß der baulichen Nutzung (GRZ 0,8 statt 0,6; GFZ 3,0 statt 1,2).

Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Steubenplatz“ sollen die Geltungsbereiche der Bebauungspläne SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ und SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ durch die Anpassung der Stellplatzsatzung aus dem räumlichen Geltungsbereich der Stellplatzsatzung ausgenommen werden. Dies dient dem Ziel, die Stellplatzversorgung ausschließlich über den Bebauungsplan zu regeln.

Die Anpassung der Stellplatzsatzung erfolgt anlassbezogen zunächst nur punktuell und soll zu einem späteren Zeitpunkt jedoch in Form einer grundsätzlichen Neuarbeitung erfolgen.

Die öffentliche Bekanntgabe der öffentlichen Auslegung der Bebauungspläne SAN-P 18 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ und SAN-P 19 „Friedrich-Ebert-Straße/Am Kanal“ sowie der parallel geplanten Änderung der Stellplatzsatzung erfolgte über ein Sonderamtsblatt am 22.01.2018.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt, dass hier kein Sofortbeschluss notwendig sei und gänzlich auf einen Beschluss zur öffentlichen Auslegung verzichtet werden soll. Er bestätigt, dass grundsätzlich auch über Anpassungen der Stellplatzsatzung nachgedacht wird. Dies wird jedoch erst später, etwa in 1 bis 1 ½ Jahren zur Diskussion stehen.

zu 6 Sonstiges

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert über die Bitte aus der SPD-Fraktion als Fachbehörde eine kurze Einschätzung zum Bauvorhaben: Griebnitzsee, Stadtgrenze Potsdam-Berlin: Geplante Bebauung des Grundstücks Stubenrauchstr. 34, 14109 Berlin-Wannsee, Flurstück 50: 8-Einheiten Mehrfamilienhaus mit Tiefgarage, zu geben.

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist als Grundstückseigentümer des Uferweges am Griebnitzsee betroffen. Die Tiefgarage geht genau an diese Grundstücksgrenze. Die Stadt ist als Nachbarin betroffen. Das verbliebene letzte Mauerstück am Griebnitzsee könnte ggf. eine Frage des Umgebungsschutzes sein.

Herr Goetzmann informiert, dass auf planungs- und baurechtlicher Seite keine Stellungnahme erforderlich ist, wenn die Liegenschaft der LHP als Grundstückseigentümer mit dem Vorhaben nicht beschädigt wird oder als Denkmalbehörde tätig werden muss.

Ob die Untere Denkmalschutzbehörde dazu Stellung nehmen wird, kann derzeit noch nicht mitgeteilt werden, da diese erst einmal Unterlagen angefordert habe. Danach könne eine Beurteilung abgegeben werden, ob die Abgabe einer Stellungnahme notwendig wird.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift